

Regierung? Opposition? Erfolg! Das Wahlprogramm der LINKEN

„Das ist denen alles viel zu harmonisch, was wir hier machen.“ Von den Medienvertreterinnen und -vertretern beim Wahlprogrammparteitag in Hannover berichtete mir ein Genosse, dass dort großes Erstaunen geherrscht habe. DIE LINKE hat tatsächlich große Einigkeit erzielt in zahlreichen Knackpunkten? Das kann doch gar nicht sein!

Aber es war so: Unsere Forderungen nach sozialer Mindestsicherung, guter Arbeit und Rente, Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West, niedrigeren Mieten, mehr Geld für Bildung und Investitionen werden von der ganzen Partei einmütig getragen. Auch die Reden der Spitzenkandidatinnen und -kandidaten und der Parteivorsitzenden waren gut aufeinander abgestimmt, und der Parteitag erlebte sogar eine Premiere: Für sein fulminantes Plädoyer für eine europäische Vision von links reizte Gregor Gysi, Vorsitzender der Europäischen Linken (EL), die ihm eingeräumte Redezeit nicht einmal aus.

Die Delegierten waren aber nicht nur zum Zuhören da, sie – und vor ihnen die Antragskommission – mussten auch Schwerstarbeit leisten. Über 3.400 (!) Änderungsanträge hatten Genossinnen und Genossen zum Wahlprogramm eingereicht, und der Parteitag nahm sich über 15 Stunden Sitzungszeit dafür.

Wellen schlug eine Entscheidung, die spät am Samstagabend fiel: DIE LINKE will alle Staatsverträge mit Religionsgemeinschaften kündigen! Nach einer Nacht Darüber-Schlafen und zahlreichen persönlichen Erklärungen, so auch von unserer Bundestagsabgeordneten Petra Pau, wurde die Entscheidung am Sonntagmorgen wieder zurückgenommen. Gerade durch die Erfahrungen im Engagement für Geflüchtete hat DIE LINKE ein neues Verhältnis zu den Kirchen entwickelt. Uns verbinden Humanismus, Friedens- und Nächstenliebe.

Das finden Sie außerdem in dieser Ausgabe:

Seite 2

„DIE LINKE kocht's hoch!“ / Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung 2017t

Seite 3

Petra Pau: NSU-Untersuchungsausschuss / Vom Landesparteitag der LINKEN. Berlin am 1. Juli

Seite 4

Autobahnprivatisierung? / Aus dem Bezirksvorstand

Seite 5

Regina Kittler: Soll ein Kreuz auf das HumboldtForum? / Kultur für alle - überall Kultur

Seite 6

Aus den Siedlungsgebieten: Biesdorf / Zur Erinnerung an eine Naturschützerin

Seite 7

Fiesta de Solidaridad am 22. Juli / Zu Gast auf dem „Roten Sofa“: Gisela Steineckert

Seite 8

Tipps, Termine / Hinten links



Anders als im ursprünglichen Entwurf steht nun auch ein eigenes Kapitel „Queer – Gleichberechtigung aller Lebensweisen“ im Programm. Da war DIE LINKE fast drei Wochen schneller als der Bundestag mit seiner plötzlichen Abstimmung über die „Ehe für alle“. Wie immer gilt: Am besten das Original wählen.

Ganz gegen die Erwartung des Parteivorstandes wurde sogar die Überschrift des Programms ergänzt: Es heißt nun „Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle.“

Das konsequente Eintreten für Friedenspolitik wird somit nicht nur im Text, sondern auch im Titel angesprochen. Mit der LINKEN wird es keine Kampfeinsätze im Ausland geben. Ob wir damit nun auf Regierungs- oder Oppositionskurs seien, wurde Dietmar Bartsch von Presseleuten oft gefragt. Seine Antwort: Weder noch – sondern auf Erfolgskurs.

Olaf M.Ostertag

Parteitagsdelegierter; Mitglied der Antrags-/Redaktionskommission

DIE LINKE. Berlin startete mit einem Landesparteitag am 1. Juli ihren Wahlkampf in der Hauptstadt - siehe Seite 3

DIE LINKE kocht's hoch!

Nachdem bereits im vergangenen Jahr die Veranstaltung „DIE LINKE kocht's hoch!“ ein großer Erfolg war, hat

Manuela Schmidt am 2. Juni auf der Marzahner Promenade für die Bürgerinnen und Bürger des Stadtteils Marzahn-Mitte wieder Chili con Carne gekocht. Zur Unterstützung kam diesmal auch Petra Pau (Foto oben). Zusammen führten beide aufschlussreiche und gute Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern, die zum Essen eingeladen wurden.

Es bleibt auch weiterhin dabei: DIE LINKE ist für Sie da und steht so oft wie möglich im Bezirk, um mit Ihnen über Ihre Probleme, Anregungen und Wünsche zu sprechen. Das nächste Mal wird am 7. Juli am Plaza Marzahn gekocht, aus diesmal gibt es Chili con Carne, feurig scharf und rot.

Am 28. Juni hat auch Regina Kittler auf dem Helene-Weigel-Platz gekocht (Foto unten). Hier gab es echte sächsische Kartoffelsuppe. Nach nicht mehr als einer halben Stunde war der Topf komplett leer, und viele Passanten konnten gesättigt ihrer Wege ziehen. Und auch hier nutzten zahlreiche Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, mit ihrer Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und über ihre Probleme und Wünsche zu sprechen. Auch Regina Kittler wird in diesem Jahr

nochmals kochen. Wann genau, das werden Sie rechtzeitig erfahren.

Text: Jens Braumann; Fotos: Jan Paetzel



Reise

Wolken ziehen an den Ort wo ich bin

Janina Niemann-Rich

Kinderfest auf dem Helene-Weigel-Platz

Der 1. Juni ist der Weltkindertag. Und auch Regina Kittler und Dr. Manuela Schmidt begehen diesen in guter Tradition mit dem Kinderfest auf dem Helene-Weigel-Platz. In diesem Jahr war schon von Beginn an klar, dass auch das Wetter mitspielen würde.

Dank der vielen Helferinnen und Helfer konnte den Kindern ein buntes Potpourri an Unterhaltung geboten werden. Vom Kinderschminken, über Torwandschießen und Eierlauf bis zu Sackhüpfen und Luftballonfiguren-Basteln blieb kein Wunsch unerfüllt. Wie auch schon im vergangenen Jahr unterstützte die Spielplatzinitiative e.V. mit ihrer Hüpfburg und weiteren Attraktionen tatkräftig. Die Kinder

jedenfalls spielten und tobten begeistert. Besonderer Dank gilt auch den freiwilligen Bäckerinnen und Bäckern, die mit Selbstgebackenem und frischem Kaffee für das leibliche Wohl sorgten.

Zusätzlich gab es endlich wieder sprudelnde Fontänen auf dem Helene-Weigel-Platz, das war ein echtes Highlight zum Kinderfest der LINKEN am Kindertag.

Es wird auch nicht das letzte Kinderfest in diesem Jahr gewesen sein. Alle unsere Mitglieder des Berliner Abgeordnetenhauses werden im Laufe des Jahres in ihren Wahlkreisen feiern. Die genauen Termine werden natürlich rechtzeitig veröffentlicht.

Jens Braumann

Tag der Erinnerung, Mahnung und Begegnung 2017

Antifaschistische Konferenz der Berliner VVN-BdA vom 8.-10. September 2017

Die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist*innen begeht im September 2017 unter dem Motto „Deutschland wiedergutmacht? – Erinnerungskultur vor neuen Herausforderungen“ den 72. Jahrestag der Erinnerung und Mahnung.

Dazu werden sich vom 8. bis 10. September 2017 zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen und Aktivist*innen zu einer Antifaschistischen Konferenz mit Vorträgen und 12 Workshops treffen und über vielfältige Erfahrungen, Gefährdungen und Perspektiven pluralistischer antifaschistischer Erinnerungskultur(en) im 21. Jahrhundert beraten.

Die Konferenz beginnt am 8. September, 18.00 Uhr mit dem Grußwort eines Widerstandskämpfers und dem eröffnenden Referat von Dr. Detlef Garbe, Leiter der Hamburger Gedenkstätte Neuengamme und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten. Dem schließt sich eine Podiumsdiskussion zum Thema „Antifaschistische Erinnerungskultur(en) vor neuen Herausforderungen“ an.

Am 9. September, 11 Uhr wird die Konferenz fortgesetzt mit einem Impulsreferat von Gideon Botsch vom Moses Mendelsohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien Potsdam zum Thema „Fiktionen gegen Fakten – Zum Umgang der extremen Rechten mit der Geschichte“. Ab 12 Uhr folgen drei Panels mit jeweils vier von gedenk- und erinnerungspolitischen Initiativen gestalteten Workshops.

Am Sonntag, dem 10. September 2017, werden am Aktionstag gegen Rassismus, Neonazismus & Krieg um 11.00 ein „Frühstücksgespräch“ mit antifaschistischen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, um 12.30 Uhr eine Kundgebung am Ernst-Reuter-Platz im Angedenken an die polnischen Befreierinnen und Befreier von Berlin und im Anschluss ein antifaschistischer Fahrradkorso mit Stopps an Orten von Widerstand und Verfolgung und gegen die AfD stattfinden.

Veranstaltungsort der Konferenz ist die Technische Hochschule Berlin, Straße des 17. Juni Nr. 136 in 10623 Berlin (Mathegebäude) in Charlottenburg, U Ernst-Reuter-Platz (Fußweg 300 m) / S Tiergarten (Fußweg 700 m)

Mehr Informationen zur Konferenz unter www.tag-der-mahnung.de

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e.V. [VVN-BdA]

Petra Pau (MdB): NSU-Untersuchungsausschuss

Die laufende Legislatur nähert sich dem Ende, ergo auch der Untersuchungsausschuss zum NSU-Nazi-Mord-Komplex. Am 27. Juni 2017 haben wir dem Präsidenten des Bundestags, Prof. Lammert, den gemeinsamen Abschlussbericht übergeben. Zwei Tage später wurde im Plenum darüber debattiert.

Auch die Medien gingen dazu noch einmal auf Sendung. „Was haben Ihre erneuten Untersuchungen erbracht, Frau Pau?“ Nein, keine Sensationen, wohl aber wichtige Fakten – es sind vor allem drei:

Erstens: Das NSU-Kerntrio – Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe – war von rund 40 V-Leuten der Sicherheitsbehörden regelrecht umzingelt, also von Nazis als gekaufte Zuträger. Dazu gehörten auch V-Leute des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Genau das hatte das BfV bislang verschwiegen beziehungsweise geleugnet. Nun ist es bewiesen.

Zweitens: Die Ämter für Verfassungsschutz im Bund, in Brandenburg, Sachsen und Thü-

ringen, hatten zahlreiche Hinweise über den Verbleib und über die Vorhaben der NSU-Bande, nachdem das Trio 1998 abgetaucht war. Den Kriminalämtern wurden diese bewusst verschwiegen. Nicht zuletzt deshalb, weil derartige Mitteilungen offenbart hätten, woher die Erkenntnisse stammten. Und noch immer gilt: Quellschutz geht vor Ermittlungen, selbst bei einer Mordserie.

Drittens: Am 4.11.2011 war die Nazi-Mordserie aufgefliegen. Eine Woche später wurden im Bundesamt für Verfassungsschutz die Schredder angeschaltet und massenhaft Akten vernichtet. „Aus Versehen“, hieß es, und „aus Datenschutzgründen“. Nun wissen wir es besser. Es geschah aus Vorsatz, um die Dokumente der Polizei und den Parlamenten vorzuenthalten. Vor diesem Hintergrund war diese Aktion eine Straftat. Dafür belangt wurde der zuständige Bundes-Beamte nie.

DIE LINKE hat dem gemeinsamen Bericht des Untersuchungsausschusses ein weiter-

gehendes Votum beigefügt. Er enthält unter anderen acht Forderungen, drei seien hier skizziert.

Erstens: Wir bleiben bei unserer Forderung, dass die unsägliche V-Leute-Praxis der Sicherheitsbehörden sofort zu beenden und dass die Ämter für Verfassungsschutz als Geheimdienste aufzulösen sind. Alternativen dazu hatten wir bereits vordem beschrieben.

Zweitens: Wir empfehlen für den kommenden Bundestag einen Untersuchungsausschuss „Rechtsterrorismus und Geheimdienste“. Dabei geht es auch um Verwicklungen bei zurückliegenden Attentaten, etwa auf dem Münchener Oktoberfest 1980, aber ebenso um aktuelle Anschläge.

Drittens: Wir wollen eine Enquete-Kommission, also einen Parlamentsausschuss plus wissenschaftlicher Kompetenz zum Thema Rassismus, in der Gesellschaft und in staatlichen Institutionen. Rassismus bedroht den Alltag vieler und muss endlich ernster genommen werden.

Sozial. Gerecht. Frieden. Für alle. Eine andere Politik ist möglich.

1. Die Bundestagswahl 2017 – eine Richtungsentscheidung für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Frieden

Die Bundestagswahl 2017 ... wird auch eine Abstimmung über die Zukunft der Demokratie, über die offene Gesellschaft, über ein friedliches Zusammenleben, über Aufklärung und Rationalität, über eine Politik sozialer Spaltung oder des sozialen Zusammenhalts, über das Primat der Politik oder der Ökonomie, über das Prinzip ziviler Konfliktlösung oder der Inkaufnahme von Krieg als Mittel der Politik.

... Mehr denn je ist es notwendig, auch und gerade aus der Metropole Berlin heraus das Beispiel für das Funktionieren einer vielfältigen und offenen Gesellschaft zu geben. ...

Wir, DIE LINKE. Berlin, kämpfen an der Seite all derjenigen, die soziale Gerechtigkeit, Offenheit, Freiheit und Liberalität auch und gerade in den Zeiten verteidigen, in denen sie hier und in anderen Teilen der Welt unter Druck geraten. Gerechtigkeit und Freiheit gehören zusammen, auch und gerade für linke Politik in einer internationalen Stadt wie Berlin.

2. Aus Berlin in die Bundeshauptstadt – eine andere Politik ist möglich

DIE LINKE. Berlin geht aus einer Position der Stärke in den Bundestagswahlkampf. Mit dem guten Ergebnis aus den Abgeordnetenhauswahlen und den Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen wurde uns Verantwortung für die Stadt übertragen. ... Uns ist bewusst, dass die Akzeptanz unserer

Politik in der rot-rot-grünen Koalition wichtig für ein gutes Wahlergebnis bei den Bundestagswahlen ist und Wegweiser für einen wirklichen Politikwechsel sein kann. ...

Wir konnten bereits in den ersten Monaten von #r2g in Berlin erste Schritte für mehr Teil-



Petra Pau kandidiert direkt in Marzahn-Hellersdorf und führt die Liste der LINKE. Berlin zur Bundestagswahl an - unsere „PAUerfrau“. Foto: H. Wagner

habe und soziale Gerechtigkeit gehen. ... Aber in vielen Bereichen der Bekämpfung von Armut und sozialer Ungerechtigkeit stoßen wir an die Grenzen der Landespolitik. Deshalb treten wir auf der Bundesebene für mehr Einkommensgerechtigkeit ein. ...

Wir nutzen in Berlin die uns zur Verfügung stehenden Spielräume, um die Mietenexplosion zu begrenzen und Wohnraum sowie Grund und Boden der Spekulation zu entziehen. ...

Um der Mietenexplosion auch im privaten Wohnungsmarkt begegnen zu können, brauchen wir

einen Politikwechsel auf Bundesebene. ... Berlin geht voran beim Kampf um eine bessere Bildung. Berlin bezahlt Lehrer_innen und Lehrer besser und stellt zudem Grundschullehrkräfte beim Gehalt denen von Oberschulen gleich. ...

Rot-Rot-Grün hat nach Jahren des Sparens ein Jahrzehnt der Investitionen ausgerufen. Die gesamte Infrastruktur – Schulen, Verkehrsnetze, Polizeiwachen, Krankenhäuser u.v.m – soll endlich saniert und dem Wachstum der Stadt entsprechend ausgebaut werden. ... DIE LINKE steht für eine stärkere Besteuerung von Vermögen und Spitzeneinkommen, damit unser Gemeinwesen besser funktioniert.

Wir stehen mit der Koalition für Weltoffenheit – gegen Rassismus, Antisemitismus, Homofeindlichkeit, Hass und Islamfeindlichkeit. ...

Wir stehen für ein Europa der Solidarität. Nur ein Politikwechsel auf Bundesebene wird der Austeritätspolitik der Bundesregierung und damit der Erpressung großer Teiler der EU unter dem Diktat neoliberaler Deregulierung ein Ende bereiten. ... Berlin braucht ein demokratisches Europa des Friedens. Dafür streiten wir.

3. Wahlkampf im Dialog

Wir haben unseren erfolgreichen Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus unter dem Motto »Zuhören statt Ansagen« geführt. Dialog und Austausch sind wichtige Elemente, um Bürgerinnen und Bürger für die Demokratie zu motivieren. Diese Haltung führen wir im Bundestagswahlkampf weiter. Politik über die Köpfe der Menschen hinweg hat keine Zukunft. LINKE klingeln an Wohnungstüren, stehen vor Supermärkten, gehen durch Kneipen und Clubs, kommunizieren im Netz und fragen, wo der Schuh drückt. Wir wollen wissen, was Politik ganz konkret für ein gutes Leben jeder und jedes Einzelnen tun kann. Zugleich gehen unsere Ideen einer solidarischen Gesellschaft weit über Tagespolitik hinaus.

Wir wollen Hoffnung auf Veränderung machen und den Kampf gegen Hass, Ausgrenzung, Krieg und Gewalt führen. DIE LINKE. Berlin kämpft gemeinsam mit Bündnispartnerinnen und -partnern für eine solidarische Stadt, für eine solidarische Gesellschaft, für einen Politikwechsel in Deutschland und Europa.

Der vollständige Wortlaut des Landesparteitagsbeschlusses der LINKEN. Berlin vom 1.7.2017 ist nachzulesen hier: http://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitage/6_landesparteitag/2_tagung/beschluss/1/

Alles zum Landesparteitag: http://www.die-linke-berlin.de/die_linke/parteitage/6_landesparteitag/2_tagung/

Autobahnenprivatisierung?

Die Bundesregierung erpresst die Bundesländer für eine Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen – DIE LINKE lehnt nach wie vor eine Privatisierung der Autobahnen ab und fordert eine Volksabstimmung. Am 2. Juni 2017 haben Bundestag und Bundesrat den Weg für viele Grundgesetzänderungen freigemacht. Dazu zählte auch die längst notwendige Neuregelung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern. Im Rahmen der Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs zahlt der Bund ab 2020 jährlich 9,75 Milliarden Euro an die Bundesländer. Berlin wird etwa 460 Mio. Euro jährlich erhalten. Nun zu den schlechten Nachrichten: Der Bund war nur gegen schmerzhaftes Zugeständnisse der Bundesländer dazu bereit. Finanzminister Schäuble machte sich hier die angespannte finanzielle Situation der Länder, die in den letzten Jahren von der Bundesregierung kaputtgespart wurden, zunutze und koppelte die Neuregelung der Finanzbeziehungen u.a. an die Übertragung der Autobahnverwaltung an den Bund und die Einrichtung einer Infrastrukturgesellschaft als GmbH in staatlichem Besitz. Erst nach erheblichem Druck – insbesondere von der LINKEN –

hatten sich CDU/CSU und SPD auf Änderungen verständigen können, ohne jedoch alle Hintertüren für die Privatisierung der Autobahnen, die Teil öffentlicher Daseinsvorsorge ist, zu schließen. Öffentlich-Private-Partnerschaften (ÖPP) im Umfang von bis zu 100 km bleiben zulässig. Hierdurch können private Investoren hohe Renditen aus dem Bau und dem Betrieb von Autobahnteilstrecken ziehen. Einer Anrufung des Vermittlungsausschusses durch den Bundesrat, eingebracht durch die Landesregierungen mit LINKER Regierungsbeteiligung, wurde jedoch nicht zugestimmt. DIE LINKE wollte damit erreichen, dass das Thema Infrastrukturgesellschaft für die Autobahnen vom eigentlichen Paket abgekoppelt und die Privatisierungsgefahr beseitigt wird. Im Ergebnis konnten also Brandenburg, Thüringen und Berlin im Bundesrat den Gesetzen nur im Ganzen ihre Zustimmung geben oder nicht. Die Abwägung in diesem Fall dem Gesetz zuzustimmen, fiel der LINKEN nicht leicht. Eine Enthaltung wäre eine faktische Nein-Stimme gewesen und damit auch ein Nein zu den Einnahmen, die dem Land Berlin künftig zur Verfügung stehen werden, um es im Sinne der LINKEN sozialer für alle Menschen zu gestalten.

Vor dem Hintergrund der jahrelangen Mammut-Verhandlungen zwischen Bund und Ländern hätte sich DIE LINKE im Falle einer Ablehnung dem Vorwurf aussetzen müssen, ein Scheitern der Bund-Länder-Finanzbeziehungen zu riskieren und damit auch massive Einnahmeausfälle für kommende Haushaltsverhandlungen in den Ländern. Auch unsere Verhandlungsposition gegenüber den Koalitionspartnern für die Umsetzung unserer wichtigsten politischen Projekte wäre geschwächt worden. Was heißt das für die Zukunft? Die Neuregelung der Bund-Länder-Finanz findet unsere Zustimmung. Als LINKE haben wir uns seit Langem für eine bessere Finanzausstattung von Ländern und Kommunen eingesetzt. Unabhängig davon werden wir – in Bund und Ländern – weiterhin Widerstand gegen jegliche Möglichkeit der Privatisierung von Autobahnen leisten. Wir sind der Meinung, dass über die Zukunft öffentlicher Infrastruktur die Bevölkerung im Rahmen einer Volksabstimmung entscheiden sollte. Die Verhandlungen im Bundestag haben außerdem gezeigt, dass gegen die Privatisierung der Autobahnen eine starke LINKE im Bundestag dringend notwendig ist.

Kristian Ronneburg (MdA)

Aus dem Bezirksvorstand:

Schulen, Kitas und Glascontainer fehlen, Parteitag und Wahlkampf

Im Juni war die erste Vorstandssitzung wegen vieler Abwesenheiten leider nicht beschlussfähig. Diskussionen zum Wahlkampf oder Schulstandorten im Bezirk wurden so ohne Beschlüsse geführt. Besonders die Schulstandorte im Siedlungsgebiet südlich der Ostbahn standen im Fokus: Hier warten rund um die Kiekemal-Schule und um den Habichtshorst Lehrer, Eltern und betroffene Schüler seit längerer Zeit auf Lösungen für die eingetretenen Engpässe bei der gesetzlich festgeschriebenen Versorgung mit qualitativen Bildungsangeboten in Nähe der vielen neuen Familienwohnstandorte. Nun werden hier beschleunigte Lösungen angedacht, die die schulische Versorgung und die Kita-Versorgung am Standort Kiekemal-Schule mit dem reaktivierten Standort Elsengrund verknüpfen und den Neubau am Standort Habichtshorst mit der Rekonstruktion bisheriger mobilen Bauten am Fuchsberg verbinden. Dass trotzdem die Betroffenen über die jahrelangen Verzögerungen mehr als verärgert sind, lässt sich über alle Parteigrenzen hinweg nachvollziehen. Ebenso dürfte es den Bewohnern der Plattenbauten gehen, denen vor Jahr und Tag im Rahmen eines hanebüchernen „Experimentes“ am Ostrand der Stadt der Entsorgungswirtschaft die Glascontainer direkt an den Müllplätzen weggenommen wurden. Jetzt kam es auf Anfrage der Linksfraktion heraus: Die Container sollen nicht wieder zurückkommen, hier sollte eine Gegenwehr nicht ausbleiben! Der Bezirksvorstand befasste sich mehrfach mit der Situation in den Flüchtlingsunterkünften. Die konsequente Haltung unserer

Bezirksbürgermeisterin Dagmar Pohle, die neugebauten Einrichtungen nur beziehen zu lassen, wenn auch die Gestaltung der Außenanlagen fertiggestellt ist, wird von uns unterstützt. Unsere Mitwirkung am Biesdorfer Blütenfest, die Gestaltung der Gedenkveranstaltung zum 81. Jahrestag der Errichtung des Zwangslagers für Sinti und Roma waren weitere Themen im Bezirksvorstand.

Größeren Raum nahm die Auswertung unseres Bundesparteitages ein. Diskussionen gab es insbesondere zur Rückholung des Beschlusses zur Kündigung/Veränderung des Kirchenstaatsvertrages. Wir waren uns einig, dass künftig in Delegiertenvorberatungen auf Bezirks- und Landesebene so komplizierte Sachverhalte wie dieser vorher besprochen werden müssen, damit Entscheidungen sachkundig getroffen werden können. Außerdem bitten wir alle Antragsteller, ob als Einzelpersonen oder als Basisorganisationen den Bezirksvorstand rechtzeitig über geplante oder bereits gestellte Änderungsanträge zu informieren. Das hat damit zu tun, dass der Bezirksvorstand, der Bezirksverband als Antragsteller eine größere Chance hat, sich auf dem Bundesparteitag Gehör zu verschaffen, was bei Hunderten Änderungsanträgen so einfach nicht ist.

Selbstverständlich gehören auf jede Tagesordnung die aktuellen Probleme in der Bezirks- und Landespolitik. Hier sei nur erwähnt, dass es in enger Abstimmung mit Dagmar Pohle und Juliane Witt gelingen muss, die

Herausforderungen z.B. bei der Sanierung von Schulen und dem Bau geplanter neuer Schulen zu meistern. Dazu hat es auf der Grundlage der zwischen den demokratischen Parteien im Bezirk abgeschlossenen Vereinbarung mehrere Parteiengespräche gegeben.

Die Bundestagswahl steht ins Haus. Das schöne Kinderfest auf dem Helene-Weigel-Platz, organisiert durch das Büro Regina Kittler/Manuela Schmidt, die Kochtoure beider Abgeordneten, die Tomatenverteilkaktion durch das Team Petra Pau, Kiezspaziergänge, die Veranstaltungen auf dem „Roten Sofa“ und weitere Initiativen auch des Abgeordneten Kristian Ronneburg sind nicht nur Vorboten, sie ordnen sich schon hier ein. Die ersten Foren mit den Wahlkreisbewerbern der Parteien finden bereits statt.

Der Bezirksvorstand hat beschlossen, die Termine der Vorstandssitzungen auch als Termine des Wahlbüros festzulegen. Der erste Teil der Beratungen soll unter Hinzuziehung der Aktivistinnen und Aktivisten aus den Wahlkreisen dem Thema Wahlkampf gewidmet sein, dann tagt der Bezirksvorstand. Beide Beratungen sind wie immer öffentlich, Gäste sind gern gesehen. Diese Regelung bündelt unsere Kräfte, die Akteure beider Gremien sind ja ohnehin nahezu identisch. Schon jetzt vormerken: Das Fädeln der Wahlplakate erfolgt in der Woche vom 7. bis 11. August in unserer Geschäftsstelle. Zurzeit bereiten wir unsere große Wahlkampfveranstaltung vor, die am 2. September auf dem Helene-Weigel-Platz stattfinden wird.

Uli Clauder/Norbert Seichter

Regina Kittler (MdA): Soll ein Kreuz auf das HumboldtForum?

Ist der Bau des HumboldtForums von einem Kreuz abhängig, das mit fünf Metern Höhe erst mal die Leitkultur klarmacht, bevor man das Haus betritt und die Kulturen der Welt betrachten kann? Ich meine nein!

Die vollständige Rekonstruktion der Kuppel war in den Kostenberechnungen von max. 590 Mio. Euro ursprünglich ja gar nicht enthalten. Im HumboldtForum mit einer Kopie weiter Teile der barocken Fassaden des Berliner Schlosses (17./18. Jh.) und der ja erst 1854 aufgesetzten spätklassizistischen Kuppel, wird sich nämlich keine Kapelle befinden, die ein Kreuz begründen würde.

Es soll ein Haus für alle werden, in dem der Dialog mit allen Kulturen und Religionen geführt werden soll. Unter dem Kreuz? Damit Leitkultur und Leitreligion noch einmal klargestellt werden? Auch für Atheisten, Juden, Muslime, für alle Nichtchristen?

Und das, weil Frau Otto *) dafür zweckgebunden 1 Mio. Euro spendet? Deshalb bestimmt

Kultur für alle – überall Kultur ...

... so das Credo des Berliner Senators für Kultur und Europa, Klaus Lederer. Dies war auch das Thema einer Veranstaltung im Schloss Biesdorf, die am 15. Juni unter reger Beteiligung nicht nur Marzahn-Hellersdorfer Bürgerinnen und Bürger stattfand. Zu dieser „Biesdorfer Begegnung“ hatten das kommunalpolitische forum e.V. (berlin) und die Stiftung OST-WEST-BEGEGNUNGSSTÄTTE Schloss Biesdorf e.V. eingeladen.

Dass Kultur keine elitäre Angelegenheit ist, sondern sich im täglichen Leben abspielt, kam in den Ausführungen von Klaus Lederer sehr deutlich zum Ausdruck. Zum einen zeigte er sich zufrieden, dass der Bereich Denkmalschutz aus gutem Grunde jetzt in Berlin im Kulturressort angesiedelt ist. Zum anderen verdeutlichte er, womit die Politik die „Kultur für alle“ befördern kann. Da geht es eben überhaupt nicht um die Zwecksetzung, was Kunst und Kultur leisten sollen, sondern um die Schaffung materieller und auch geistiger Voraussetzungen, dass sich Kunst und Kultur überall und für alle entwickeln können. Dazu gehört die Sicherung von Räumen für kulturelle Zwecke vor der Gefahr, dass diese zur Renditeerzielung für kommerzielle Zwecke umgewandelt werden. Aber auch die Sicherung des Lebensunterhaltes für Künstler ist eine Voraussetzung, dass Kunst gedeihen kann. Soziale Mindeststandards

sie jetzt über einen Bau in der Bundeshauptstadt? Ganz abgesehen davon, dass noch 38 Mio. Euro für die Fassade und auch noch 3,6 Mio. Euro für eine Verankerung des Kreuzes fehlen, beobachten wir, dass das Thema geeignet ist, konservative bis tiefreaktionäre Stimmen zu mobilisieren. Nicht unwichtig ist dabei, dass das Schloss durch einen Weltkrieg zerstört wurde, der von deutschem Boden ausging. Die Zerstörungen in Berlin, besonders in der Stadtmitte, waren verheerend. Trümmerberge überall. Wohnhäuser, Straßen, Brücken in Trümmern.

Darunter ein Schloss, das auch hätte wieder aufgebaut werden können.

Aber während der Kulturbund noch darüber diskutierte, verkündete Walter Ulbricht 1950 den Abriss. Eine Entscheidung, die ich bei allem Wissen um die schwierigen Bedingungen in Berlin, das um den Wiederaufbau der lebensnotwendigsten Infrastruktur kämpfen musste, falsch finde.

müssen auch für Künstler gelten. Im Nachtragshaushalt für Berlin sind so Mittel in Höhe von 6,7 Mio. Euro zusätzlich für freie Gruppen, Kulturvereine etc. eingestellt worden, damit dort die Tarife für die Beschäftigten angepasst werden können.



Auf Einladung des kommunalpolitischen forums und der Stiftung Ost-West-Begegnungsstätte war Bürgermeister und Kultursenator Klaus Lederer (2.v.l.) am 15. Juni im Schloss Biesdorf zu Gast, um mit den lokalen Akteuren ins Gespräch über die Berliner Kulturpolitik und die Zukunft des Schloss Biesdorf zu kommen. Auf dem Podium neben Moderator Prof. Dr. Gernot Zellmer (re.) auch Kulturstadträtin Julia Witt.

Foto: H. Ehlert

Natürlich ging es in der Diskussion dann hauptsächlich um die Entwicklung von Kulturinstitutionen im Bezirk, als Stichworte seien genannt: Schloss Biesdorf oder das Theater am Park. Und auch eine Bürgerin aus Dahlem meldete ihre Sorgen wegen des Umzuges der dortigen Museen an.

Insgesamt war es ein anregender Abend, zu dessen Schluss Klaus Lederer die Akteure im Kulturbereich aufrief, gegenseitige Abgrenzung durch das Miteinander auf der Suche nach Problemlösungen zu ersetzen.

Hilka Ehlert

1973-76 wurde dann am selben Ort der Palast der Republik gebaut. Er war Sitz der Volkskammer und auch Ort der Kultur. Er wurde angenommen als solcher, von vielen Menschen. 2003 beschloss der Bundestag den Abriss des Palastes der Republik.

Eine Entscheidung, die ich gerade in dem Wissen um die Probleme der deutschen Einigung ebenso falsch finde.

Die Idee, das 2005 vom Künstler Lars Ramberg auf dem Dach des Palastes installierte Wort „ZWEIFEL“, mit dem er den Diskurs um verloren gegangene Utopien anstoßen wollte und das Suchen nach neuen Perspektiven und Identitäten, auch am HumboldtForum anzubringen, ist wohl mehr als angebracht.

*) Anm. der Redaktion: „Inga Maren Otto, Witwe des 2011 verstorbenen Versandhauskönigs Werner Otto, spendete rund eine Million Euro für das goldene, fünf Meter hohe Kreuz auf dem Kuppeldach.“(Quelle: <https://berliner-schloss.de/blog/pressespiegel/schloss-ohne-kreuz/>)

LeseNetz Marzahn-Hellersdorf: „Blütenlese“

Ungeachtet der vielen gleichzeitigen Veranstaltungen in unserem an kulturellen Angeboten erstaunlich reichen Stadtbezirk konnte das LeseNetz Marzahn-Hellersdorf am 18. Juni im Haus KOMPASS zu seinem 3. SommerLeseFest etliche kleine und große Gäste begrüßen – deutlich mehr als in den vergangenen Jahren. Großzügige Räume und der schöne Garten im KOMPASS – das herrliche Wetter dazu – trugen zweifellos zum Gelingen der Veranstaltung bei, die Kulturstadträtin Juliane Witt eröffnete. Mit dabei Agathe Leselust, Uta Ernst und Bettina Haubold mit Märchen, Gedichten und Geschichten (viele davon selbst verfasst), die mit unserem diesjährigen, der IGA geschuldeten Motto „Blütenlese“ verbunden waren. Die Tierwelt kam aber auch nicht zu kurz: Wild- und Pferdegeschichten waren zu hören; Jan Damitz erinnerte mit Hans Falladas „Getreuem Igel“ – einer der „Geschichten aus der Murkelei“ – an den 70. Todestag des Schriftstellers. Kaspers Puppenbühne erfreute Jung und Alt mit dem Märchen vom Gestiefelten Kater. Die Bücherstube der Agrarbörse, Schreibfeder und Rabenstückverlag boten kostenfrei bis sehr günstig Bücher an. Die IG BAU war mit einem Info-Stand „Nisthilfen“ präsent. Mal-, Bastel- und „Schmöcker“-Ecken in Foyer und Garten ergänzten die Palette. Wolfgang Reuter in Hochform begeisterte das Publikum mit Marzahner Satire. Zum Ausklang swingender Jazz aus den 1920er/1930ern vom Trio „Meine Herren“. Dieser Sonntagnachmittag bestärkte uns Akteure des LeseNetzes in unserem Bemühen, weiterhin unseren Marzahn-Hellersdorfern zu Lesefreuden zu verhelfen. So wird es ganz bestimmt im nächsten Jahr ein viertes Sommerlesefest mit noch mehr Teilnehmern geben!

Gertraude Sumpf und Bernd-R. Lehmann

Aus den Siedlungsgebieten

Mahlsdorf-Nord - mehr als nur das Ortsteilzentrum!

Rings um das Ortsteilzentrum Mahlsdorf und die Hönower Straße liegt der Ortsteil Mahlsdorf-Nord. Er wird von den Gemeinden Hönow, dem Ortsteil Birkenstein und vom Stadtteil Hellersdorf begrenzt. Die Ortsteile Mahlsdorf-Nord und Mahlsdorf-Süd werden durch die B1/B5 im Süden begrenzt. Im Norden des Stadtteils liegt die um 1924 bis 1931 von Bruno Taut geplante Siedlung mit Typenhäusern, die auch für „Normalbürger“ im Grünen finanzierbar waren. Gerade in diesem Bereich gibt es heute durch Grundstücksteilungen und durch den Neubau ganzer kleiner Siedlungen große Veränderungen.

In den Diskussionen zum Bürgerhaushalt machen besonders die älteren Anwohnerinnen und Anwohner zu Recht immer wieder auf die „weiten Wege“ zur Versorgung mit Backwaren und Lebensmitteln aufmerksam. Am Rande der „Tautsiedlung“ befindet sich der Fußballverein Eintracht Mahlsdorf. Ein Vorgängerverein wurde erstmals im Jahre 1897 erwähnt. Seit 1923 gibt es den Sportplatz am Rosenhag. Die dort spielenden insgesamt

29 Mannschaften im Männerbereich, bei den Senioren und im Kinder- und Jugendbereich warten sehnsüchtig auf einen erneuerten Kunstrasen, um auch weiterhin verletzungsfrei trainieren und spielen zu können. Der neue Kunstrasen war eigentlich für das Jahr 2017 geplant. Das Versprechen wurde leider nicht umgesetzt. Deshalb werden wir jetzt im Bezirksamt und in der BVV auf die Ausstattung im Jahre 2018 achten. Das und die Verkehrsproblematik wird von den Mitgliedern der Linksfraktion im zuständigen Sportausschuss und in der BVV immer wieder problematisiert. Dabei kann es nur Lösungen nicht geben, sondern nur mit dem Verein gehen.

In Mahlsdorf befinden sich die Grundschule Am Feldrain und die Schiller-Schule. Hier werden in den nächsten Jahren wichtige Investitionen und der Einsatz von Haushaltsmitteln zum Ausbau der Infrastruktur notwendig sein. Aus Sicht der Linksfraktion sind zur Entlastung der Verkehrsführung des Ortsteilzentrums Mahlsdorf und der Hönower Straße dringend Gespräche und Vereinbarungen mit

der Umlandgemeinde Hoppegarten notwendig. Hier engagiert sich vor allem unserer Verordneter Eberhard Roloff für eine Lösung des Problems. Rund um den Bahnhof Mahlsdorf befindet sich das Ortsteilzentrum. Der seit dem Jahre 1895 bestehende S-Bahnhof wird noch in diesem Jahr auch mit Unterstützung unserer Fraktion in der BVV zum Regionalbahnhof und wird die Wege in die Stadt mit Halt am Ostkreuz und in Richtung Kostrzyn deutlich erleichtern. Die Straßenbahn fährt jetzt in Richtung Köpenick im 10-Minuten-Takt. Aus Sicht unserer Fraktion ist allerdings eine Gesamtverkehrslösung in diesem Bereich notwendig, um die Mobilität zu erhöhen. Mahlsdorf-Nord hat mit dem Stadtteilzentrum Pestalozzi-Treff ein eigenes Zentrum für Begegnungen, soziokulturelle Arbeit und der Betätigungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Mahldorferinnen und Mahldorfer. Wir werden auch in den kommenden Jahren für die Finanzierung und die Weiterführung des Zentrums die Voraussetzungen schaffen.
Klaus-Jürgen Dahler
Bezirksverordneter

Zur Erinnerung an eine aktive und streitbare Naturschützerin

Die Leserinnen und Leser dieses Info-Blattes werden sich erinnern, dass ich über mehrere Jahre immer wieder einmal politische Spaziergänge zur „Natur vor unserer Haustür“ bzw. als „Marzahn-Hellersdorfer Umweltpaziergänge“ angeboten hatte, zuletzt 2015 in Vorbereitung auf die IGA 2017 zu den Maßnahmen rund um Kienberg und Wuhleteich.

Oftmals hatten wir dabei eine streitbare und immer kenntnisreiche Begleiterin bzw. Führerin, Frau Angele Schonert. Ursprünglich aus dem Erzgebirge stammend, war sie mit ihrem im vorigen Jahr verstorbenen Ehemann seit fast fünfzig Jahren – also auch schon zu DDR-Zeiten – in Sachen Naturschutz und vor allem praktischer Umweltbildung vor Ort unterwegs, ob im Lehrkabinett am Teufelssee in den Müggelbergen oder im Wuhletal, dessen Entwicklung sie ebenso wie die ebenfalls bereits verstorbenen Heino Mosel und Dr. Wolfgang Clement aktiv und kritisch begleitete. Sie war auch Ansprechpartnerin und aktive Begleiterin der Planungen für die IGA, insbesondere unter dem Aspekt Biotop- und Artenschutz und der Zukunft von Kienberg und Wuhletal. In einer gesteuerten „Sukzession“ sah sie die Chance, die Artenvielfalt auf und am Kienberg nachhaltig zu erhöhen, von Brutstandorten seltener Vogelarten bis hin zur Entwicklung der Herpetofauna einschließlich der Wiederansiedlung der Zauneidechse. Das in diesem Jahr „ihre Graugänse“ trotz (oder sogar vielleicht wegen) der IGA wieder am Wuhleteich gebrütet haben, hätte sie gefreut, manches Kommerzielle rund um die

Veranstaltung vielleicht weniger. Sie konnte es nicht mehr miterleben. Am 25. März starb sie nach längerer Krankheit im Alter von 73 Jahren.



September 2013 – Angele Schonert bei einer Führung am Eichepark bei Regenwetter
Foto: F. Beiersdorff

Sie wird mit ihrem Engagement und ihrer Kompetenz nicht nur dem NABU – auf dessen Homepage sich ein Nachruf findet –, sondern auch mir als Gesprächspartnerin und Vermittlerin fehlen.

Frank Beiersdorff

DIE LINKE braucht Dich!



... und DIE LINKE
aktiv unterstützen:

Mitmachen - Mitglied werden:
<https://www.die-linke.de>
partei/eintreten/
eintrittserklärung



Auf nach Berlin-Lichtenberg zur Fiesta de Solidaridad

Am 22. Juli 2017 feiert die AG Cuba Sí wieder ihre traditionelle „Fiesta de Solidaridad“ in Berlin.

Größer, bunter und vielfältiger wird die „Fiesta de Solidaridad“ in der Lichtenberger Parkaue in diesem Jahr werden. Das große Solidaritätsfest, organisiert von der AG Cuba Sí, ist über die Jahre zu einem Treffen der Soligruppen und Kubafreunde aus der gesamten Bundesrepublik geworden.

Neu in diesem Jahr ist das „Internationale Dorf“, in dem sich die ALBA-Staaten vorstel-

len und die europäischen Solidaritätsgruppen ihre Projekte präsentieren. Ebenfalls neu ist eine zweite Bühne, die vor allem für Junge und Junggebliebene Anziehungspunkt sein soll. Hier berichten u.a. Studierende über ihr Semester an der Technischen Universität in Havanna (CUJAE).

Den ganzen Tag wird es auf der Fiesta Vorträge, Ausstellungen, Diskussionen und natürlich jede Menge Musik geben. Live dabei

sind u.a. Damion Davis, Tapete, Boxi Total, Calum Baird (Schottland), DJ Usnavi – und am Abend spielen Conexión und Banda Bassotti (Italien). Bei der Soli-Tombola kann man mit etwas Glück wieder einen Flug nach Kuba gewinnen. Nos vemos – wir sehen uns in Berlin zur Fiesta de Solidaridad!



Fiesta de Solidaridad 22. Juli 2017, 14 – 22 Uhr Parkaue Berlin-Lichtenberg

Wer die Fiesta unterstützen möchte, kann für 5 Euro unseren Solibutton kaufen.

Infos unter:

<https://cuba-si.org/1743/fiesta-de-solidaridad>

Cuba Sí

Auf dem „Roten Sofa“: Gisela Steineckert

Eine der populärsten ostdeutschen Schriftstellerinnen saß am 13. Juni 2017 mit Dr. Manuela Schmidt auf dem „Roten Sofa“ im Abgeordnetenbüro am Helene-Weigel-Platz. Das Büro füllte sich so rasant, dass sogar Bierbänke aufgestellt werden mussten, damit alle einen Platz fanden. Der Gast, eingeladen von Dr. Manuela Schmidt und Regina Kittler, war kein anderer als Gisela Steineckert. Und wer kennt sie nicht, die, die über 2.500 Lieder geschrieben hat, welche von berühmten Künstlern, wie Harald Juhnke, Frank Schöbel oder Dean Reed interpretiert wurden? Wer hat nicht schon einmal selber die vielleicht berühmtesten Zeilen von Gisela Steineckert „Komm wir malen eine Sonne auf den grauen Pflasterstein ...“ geträllert?

Mit 86 Jahren, rüstig, fit, eloquent, voller Energie und mit vielen Geschichten und Anekdoten über ihr Leben und das der anderen, ließ sie ihrer Moderatorin kaum die Gelegenheit Fragen zu stellen. Und so begann sie damit, dass sie zum ersten Mal in ihrem Leben Ratlosigkeit verspüre, ausgelöst durch Erfahrungen, wie derjenigen, dass in ihrem Haus, in dem sie seit 44 Jahren lebe, ein kleiner Junge und sein Vater nicht im Aufzug mit ihr fahren wollten, weil sie eine Frau sei. Sie erzählte aber auch über Freundschaft und Liebe und dass beides gleichberechtigt in einer Beziehung vorhanden sein sollte, wobei

ersteres eigentlich sogar der wichtigere Teil von beiden sei. Weiter ging es mit Papst Franziskus, Menschenfreundlichkeit, aber auch fehlendes Beileid, um anschließend über



Gastgeberin Manuela Schmidt (MDA) mit Gisela Steineckert auf dem „Roten Sofa“

Foto: J. Paetzel

die Erfahrungen von und mit Beleidigungen, Morddrohungen, Politik und Tod zu den Liebesgedichten überzugehen.

Am Ende des Rundum-Schlags über allerlei Menschheits-Themen, die Gisela Steineckert bewegten, blieben keine Fragen mehr offen. Aus dem Publikum kam nur noch ein „Danke für die vielen Jahre im ‚RotFuchs‘!“, womit die journalistische Tätigkeit von Gisela Stei-

neckert geehrt wurde. Danach stürzten sich viele auf die Bücher, die Steineckerts Tochter zum Verkauf anbot, und ließen diese von Gisela Steineckert widmen. Es war ein heiterer Abend, der aber auch zum Nachdenken anregte und Bewunderung für diese besondere Frau übrigließ.

Auf dass ihr noch viel Zeit bleibe, ihre klugen Gedanken und spannenden Lebensgeschichten in Prosa und Lyrik umzusetzen, um uns alle auf ihre Reise mitzunehmen.

Denise Raubold

Aus dem „Roten Sofa“ wird als nächster Gast Petra Pau sitzen: am 12. Juli um 18.30 Uhr.

Man kennt sie aus dem Fernsehen oder aus ihrem Buch „Gottlose Type“, vor allem aber aus dem richtigen Leben. Die Urberlinerin lebt nun schon über ein Vierteljahrhundert in Marzahn-Hellersdorf. Seit elf Jahren ist sie Vizepräsidentin des Bundestages. Obendrein kümmert sie sich im NSU-Untersuchungsausschuss um die Aufklärung dieser Nazi-Mord-Serie. Ihr Motto klingt biblisch: „Einer trage des anderen Last!“

Am 12. Juli wird sie im Abgeordnetenbüro von Regina Kittler und Dr. Manuela Schmidt sein, bereit, über Gott und die Welt und natürlich über linke Politik zu sprechen – gern auch mit Ihnen!

<http://www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de/politik/termine/>

Treffen U35

» 7.7., 18 Uhr, Wahlkreisbüro von Kristian Ronneburg (MdB), Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Kiezsprechstunde „DIE LINKE kocht's hoch!“

» 7.7., 10-12 Uhr, Kiezsprechstunde „DIE LINKE kocht's hoch!“ mit Dr. Manuela Schmidt (MdB), am Plaza Marzahn, Mehrower Allee 20, 12687 Berlin (Politische Kochshow)

„Rotes Sofa“: Petra Pau zu Gast

» 12.7., 18.30 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin; Manuela Schmidt und Regina Kittler haben **Petra Pau** (MdB, Spitzenkandidatin der LINKEN. Berlin zur Bundestagswahl 2017 zu Gast.

Ausstellung im Kiezbüro von Kristian Ronneburg

» 12.7., 19 Uhr, Vernissage der Ausstellung mit Arbeiten von Gerd Fontagné. Die Ausstellung ist bis zum 22.09.2017 im Büro zu sehen; Finissage am 22.9.2017, 19 Uhr, Kiezbüro Kristian Ronneburg (MdB), Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Kiezspaziergang zur Geschichte Alt-Marzahns

» 30.8., 11-14 Uhr, Kiezspaziergang zur Geschichte Alt-Marzahns mit Dr. Manuela Schmidt, Treffpunkt wird noch bekanntgegeben

Alt-Marzauer Erntefest

» 9.9./10.9., jeweils von 10 - 18 Uhr im Dorfkern Alt-Marzahn, 12685 Berlin, ist DIE LINKE mit Stand dabei.

500 - die volle Wucht der Reformation

„Warum sollte 2017 nicht ein Jahr des Friedens und der Gerechtigkeit werden?“

Und Menschen mit so einer (wie Luther) widerständigen Haltung sind gefragt, wenn wir etwas verändern wollen. Resignation ist eine schlechte Ratgeberin.

Unverzagt sein gefällt mir da wesentlich besser“

Professorin Dr. Dr. h. c. Margot Käßmann
(Gastkolumne in „Clara“ 42),
Botschafterin des Rates der EKD
für das Reformationsjahr 2017

Hinten links:

Sicherheit und Waffenrecht

Die EU hat eine neue Feuerwaffenrichtlinie beschlossen.

Dieser ist das deutsche Waffengesetz weit voraus – muss in wenigen Details jedoch angepasst werden.

Zuletzt wurden 2002 und 2009 für Legalwaffenbesitzer (u. a. Jäger und Sportschützen) die Auflagen restriktiv verschärft.

Laut BKA-Statistik beträgt der Anteil von Schusswaffen bei Straftaten 0,2 % – und daran der Anteil der legalen Waffen 1,1 % – das ergibt einen prozentualen Anteil von Legalwaffen an Straftaten von nur 0,000 08 %.

Frage:

Warum und mit welcher Absicht werden hierzulande statt der Kriminellen die gesetzestreuen Bürger mehr und mehr „ins Visier“ genommen – und was sind die wahren Ursachen für die Kriminalität in dieser Gesellschaft?

R. Rüdiger

Bezirksvorstand

» 18.7., 1.8., 15.8. jeweils 19.30 Uhr, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, Beratungen des Bezirksvorstandes

Basisgruppensprecher-Beratungen

» 5.7., 2.8 jeweils 18 Uhr, BO Biesdorf/Marzahn-Süd, Wahlkreisbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» 6.7., 3.8. jeweils 19.30 Uhr, BO Marzahn, Stadtteilzentrum Marzahn-Mitte, Marzahner Promenade 38, 12679 Berlin

» 6.7., 3.8. jeweils 19.30 Uhr, BO Hellersdorf, Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin

Sprechstunden mit Petra Pau (MdB)

» 12.7., 13-15 Uhr, Wahlkreisbüro Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin, telefonische Anmeldung: 030 99289380

Sprechstunden mit Dr. Manuela Schmidt (MdB)

» 31.8., 17-18 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin - sowie Kiezsprechstunde „DIE LINKE kocht's hoch!“ - siehe linke Spalte

Sprechstunden mit Regina Kittler (MdB)

» 5.7., 16.30-17.30 Uhr, Abgeordnetenbüro Kittler/Schmidt, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

Sprechstunden mit Kristian Ronneburg (MdB)

» jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat, 16-18 Uhr, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin

Abgeordnetenbüros

» **Dr. Manuela Schmidt** (MdB), Tel. 030 54980323, und **Regina Kittler** (MdB), Telefon: 030 54980322, Helene-Weigel-Platz 7, 12681 Berlin

» **Kristian Ronneburg** (MdB), Tel. 030 47057520, Cecilienplatz 5, 12619 Berlin, Öffnungszeiten: mo 12-15, di 10-15, do 15-19 Uhr

BVV-Fraktion

» **Sprechstunde der Fraktion DIE LINKE** im früheren Marzahn Rathaus, Helene-Weigel-Platz 8 (Raum 312), 12681 Berlin: mo 16-18 Uhr, di 9-12 Uhr, mi 15 -17 Uhr, do 15-18 Uhr (außer am Sitzungstag der BVV), Telefon 030 902935820, E-Mail: fraktion@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Geschäftsstelle und Linker Treff, Henny-Porten-Straße 10-12
(Telefon: 030 5412130/030 9953508 - Telefax: 030 99901561)

Dienstag: 10 - 17 Uhr

Donnerstag: 13 - 18 Uhr

Impressum **Marzahn-Hellersdorf links**

Herausgeber: DIE LINKE. Berlin. V.i.S.d.P.: Yvette Rami. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion wieder. Veröffentlichungen unter „Post an uns“ (Leserzuschriften) sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Die Redaktion behält sich das Recht Sinn wahrender Kürzungen von Beiträgen vor.

Layout: Yvette Rami

Anschrift der Redaktion: Henny-Porten-Straße 10-12, 12627 Berlin
fon: 030 5412130, fax: 030 99901561

Internet: www.dielinke-marzahn-hellersdorf.de

E-Mail: bezirk@dielinke-marzahn-hellersdorf.de

Bearbeitungsschluss: 03.07.2017. Auslieferung ab: 04.07.2017. **Druck:** Eigendruck. **Marzahn-Hellersdorf links** wird aus Spenden seiner Leserinnen und Leser finanziert. Empfehlung: 35 Euro-Cent. Die nächsten Ausgaben erscheinen am 02.08. und 05.09.2017.